

Zum Selbstverständnis des „Gesprächskreises Neue Mitte“

Der sozialdemokratische „Gesprächskreis Neue Mitte“ hat sich Anfang 1999 konstituiert. Er möchte die innerparteiliche Meinungsbildung zu Grundsatzfragen einer sozialdemokratischen Politik der Neuen Mitte fördern und auf diese Weise dazu beitragen, die Mehrheitsfähigkeit sozialdemokratischer Politik zu erhalten und zu stärken.

Es gilt, das Profil der SPD in der Mitte der Gesellschaft zu schärfen und sie für neue Mitglieder attraktiv zu machen. Das ist eine besondere Herausforderung in den ostdeutschen Ländern.

Die meisten Initiatoren kommen aus Ostdeutschland, der Gesprächskreis will sich aber nicht auf den Osten beschränken, sondern sucht den Dialog und die Beteiligung von Sozialdemokraten in ganz Deutschland.

1. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie sowie Solidarität und Gerechtigkeit sind Grundwerte, denen die Sozialdemokratie verpflichtet ist. Diese Grundorientierungen wachzuhalten und angesichts aktueller Herausforderungen verstärkt zur Geltung zu bringen, ist eine bleibende und immer neue Aufgabe, der sich der „Gesprächskreis Neue Mitte“ annimmt. Nach der Erfahrung von Nationalsozialismus und kommunistischer Diktatur ist jeder Versuch abzuwehren, der die Freiheit und Würde der Person zugunsten anderer Werte relativiert.

2. Die innere Einheit Deutschlands muß gelingen. Der Gesprächskreis will dazu beitragen, die besonderen Probleme Ostdeutschlands im gesamtdeutschen und innerparteilichen Dialog einzubringen und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Nur durch eine ehrliche Analyse und eine nachhaltige bundesweite Solidarität kann verhindert werden, daß Ostdeutschland dauerhaft innerdeutsches Entwicklungsgebiet bleibt. Von einer an den Grundwerten orientierten Modernisierung Ostdeutschlands können Reformimpulse für ganz Deutschland ausgehen.

Nach wie vor bleibt noch viel zu tun, um über unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven ins Gespräch zu kommen und um die Folgen der deutschen Teilung und der Diktatur besser zu erkennen und zu überwinden.

3. Die SPD muß ihre Traditionen und das demokratische Erbe, das sie selbst wesentlich mitgeprägt hat, stärker bewußt machen und in die aktuelle Diskussion einbringen. Gerade in Ostdeutschland war die Sozialdemokratie tief verwurzelt, was vielen Menschen heute nicht mehr bewußt ist. Zu erinnern ist an die wichtigen Parteitage sozialdemokratischer Geschichte in Leipzig(1863), Eisenach (1869), Gotha (1875) und Erfurt (1891) sowie an bedeutende Personen wie Otto Braun, Otto Wels, Ernst Reuter und Hermann Brill. 1945 konnte daran wieder angeknüpft werden, bis die Zwangsvereinigung 1946 im Osten die SPD als Partei zerstörte und „Sozialdemokratismus“ verfemt wurde. An die erfolgten Sozialdemokraten der vierziger und fünfziger Jahre - es sind Tausende! - sollte stärker erinnert werden.

Mit der Gründung der SDP 1989 entstand die Sozialdemokratie im Osten Deutschlands neu. Sie leistete einen wesentlichen Beitrag zum Sturz der kommunistischen Diktatur, zur Errichtung einer parlamentarischen Demokratie und zur deutschen Vereinigung. Nach der Vereinigung beider sozialdemokratischer Parteien ist die Geschichte der SDP/SPD-Ost eine wichtige demokratische Tradition in der SPD und ein zusätzliche Grundlage für glaubwürdige Politik im vereinten Deutschland.

4. Der Wahlerfolg der SPD 1998 war möglich, weil es gelungen ist, sowohl traditionell linke Wähler wie auch solche aus der Mitte der Gesellschaft für die SPD zu gewinnen. Um auch künftig für eine sozialdemokratische Politik Mehrheiten zu gewinnen, ist es wichtig, daß die SPD eine breite Volkspartei bleibt, in der sowohl linke wie auch Wähler aus der Mitte der Gesellschaft ihren Ort haben. Die Linke hat ihre politische Heimat in der SPD.

Die PDS verfolgt das Ziel, eine gesamtdeutsche Partei links von der SPD zu werden. Das liegt nicht im Interesse der SPD und muß bei der Diskussion über die Zusammenarbeit mit der PDS bedacht werden. Nur mit einer klaren Distanz zur PDS sind auf Bundesebene auch künftig Mehrheiten für sozialdemokratische Politik möglich. Die grundlegenden programmatischen Unterschiede müssen deutlicher als bisher beim Namen genannt werden.

Der „Gesprächskreis Neue Mitte“ wird sich durch Erklärungen und Veranstaltungen zu Wort melden.

Juni 1999